GBZ

GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS ZUG

SEKRETARIAT: NEUGASSE 7, 6301 ZUG TELEFON 042-21 04 20 PC-KONTO 60 - 10779-6

GBZ-Info Nr.13, Dezember 1994

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen

Der **Wahlkampf** ist fast vorbei und wir müssen wiedereinmal feststellen, dass Parlamente und Regierungen nicht fortschrittlicher geworden sind, als sie es schon waren. Zum Glück hat es die SVP mit ihrer Politik der Ignoranz, der Intoleranz und des Egoismus nicht geschafft, in die Exekutive zu gelangen; leider hat sie im Zuger Gemeinderat und im Kantonsrat Fraktionsstärke erreicht. Wir werden also in den nächsten Jahren einiges von diesen "echten Volksvertretern" zu hören bekommen. Die VertreterInnen des arbeitenden Volkes (immerhin noch die Mehrheit) werden es bei dieser Zusammensetzung des Parlaments jedenfalls nicht leichter haben, die Interessen der Lohnabhängigen zu verteidigen.

"Unsere Seite" hat alles in allem nicht schlecht abgeschnitten. SP, SGA und die alternativen Gruppen haben die meisten ihrer Sitze halten können. Sie haben an einem Ort etwas verloren, am anderen etwas gewonnen. Insgesamt bleibt jedoch die Linke zu schwach, um erfolgreich eine Politik der Solidarität gegenüber allen Menschen gegenüber und eine Politik der Rücksichtnahme gegenüber der Natur durchzusetzen.

Leider führte die Linke keine überzeugende, einheitliche Kampagne. Der "eigene" Wahlerfolg war allen näher, als die Bildung einer gemeinsamen Front gegen den Sozialabbau, was die Linke insgesamt glaubwürdiger gemacht hätte. Diese Glaubwürdigkeit hätte sich in mehr Stimmen für alle linken und alternativen Parteien auswirken können.

Die vom GBZ mitinitiierten Aktivitäten (Pressekonferenz zur Vorstellung der Thesen zum "sozialen Standort Zug" und die Industrietour der vier RegierungsratskandidatInnen) blieben bedauerlicherweise die einzigen Aktionen, bei denen SP, SGA und alternative Gruppen zusammen auftraten.

Die Gewerkschaften sind auf nationaler Ebene nun voll in der Verteidigung der AHV engagiert: Es werden **Unterschriften gesammelt** für das **Referendum gegen die 10. AHV-Revision** und für die **Initiative "für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters".** In der Beilage erhält ihr eine Unterschriftenkarte: ***Bitte sofort unterschreiben und einschicken!***

Mit den besten Wünschen für das Neue Jahr

Bruno Bollinger, Präsident GBZ

Wichtige Daten:

28. März 1995: GBZ-Delegiertenversammlung

1. Mai 1995: 1. Mai - Fest

Das GBZ-Info geht an:
alle GBZ-Delegierten, an aktive GewerkschafterInnen und an PolitikerInnen, die über die Aktivitäten der Gewerkschaften informiert sein sollten.

Zuger kantonale und kommunalen Wahlen 1994

Folgende Kolleginnen und Kollegen sind gewählt worden.

In den Regierungsrat des Kantons Zug - Auf der gemeinsamen Liste von SP und Alternative: ***Urs Birchler*** *(VPOD)* und ***Hanspeter Uster*** *(VPOD)*

In den Kantonsrat
Zug - SP: ***Othmar Birri*** *(SEV, ehemals GBZ-Vorstandsmitglied)*, ***Armin Jans*** *(VPOD)*.
SGA: ***Josef Lang*** *(VPOD)*, ***Arlene Wyttenbach*** *(VPOD)*
Baar- SGA: ***Sybilla Schmid*** *(SMUV)*
Steinhausen- Frische Brise: ***Toni Kleimann*** *(VPOD)*, ***Manuela Weichelt*** *(VPOD)*

In den Stadtrat Zug- Auf der gemeinsamen SP/SGA-Liste: ***Othmar Romer*** *(VPOD, ehemals GBZ-Präsident)*, ***Eusebius Spescha*** *(VPOD, ehemals VPOD-Präsident)*,
Im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug - SGA und Parteilose: ***Daniel Brunner*** *(SMUV)*, ***Martin Stuber*** *(SMUV)*, ***Dana Zumr*** *(VPOD)*.

Im Gemeinderat Baar - Auf der gemeinsamen Liste von SP und SGA: ***Ruedi Hug*** *(SMUV, ehemals SMUV-Präsident)*.

Im Gemeinderat Steinhausen
Auf der gemeinsamen Liste von SP und Frische Brise: ***Ernst Ineichen*** *(SMUV)*

Wir gratulieren!

In den Ständerat wurde im ersten Wahlgang niemand gewählt. Für den zweite Wahlgang vom 18. Dezember hat der GBZ folgende Pressemitteilung veröffentlicht:

Der GBZ unterstützt Rosemarie Rossi!

Für den zweiten Ständeratswahlgang vom 18. Dezember 1994 hat der Gewerkschsftbund des Kantons Zug (GBZ) beschlossen, Rosemarie Rossi zu unterstützen.

Auf allen Ebenen wird heute Sozialabbau betrieben. Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch der Staat rationalisiert und spart auf Kosten der Schwächeren und der Lohnabhängigen. Dringend anstehende soziale Verbesserungen wie die Mutterschaftsversicherung werden hinausgeschoben. Wichtige sozialpolitische Errungenschaften wie die AHV und die Arbeitslosenversicherung werden verschlechtert (Heraufsetzung des Rentenalters, Karenztage für Arbeitslose). Darum ist es für die Lohnabhängigen wichtig, Persönlichkeiten nach Bern zu schicken, die engagiert ihre Interessen vertreten.

Rosemarie Rossi hat in den letzten Jahren im Zuger Kantonsrat gezeigt, dass sie die Anliegen der lohnabhängigen Bevölkerung ernst nimmt. Beweis dafür ist ihr Einsatz für die Arbeitslosen und für die Frauen. Darum ruft der GBZ dazu auf, Rosemarie Rossi in den Ständerat zu wählen.

Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ)

Für die Abstimmungen und Wahlen vom 4. Dezember 1994 hat der GBZ eine Stellungnahme veröffentlicht.

ZN 2.11.94

Gewerkschaftsbund

Gegen das Personalgesetz

ZN. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) lehnt das neue kantonale Personalgesetz ab, über das am 4. Dezember abgestimmt wird. Neben der Abschaffung der Wahl auf Amtsdauer – ohne entsprechenden Ausbau des Kündigungsschutzes – bringe das Gesetz eine Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre. Bedauert wird vom GBZ, dass nicht gleichzeitig über die Verschlechterungen beim neuen Pensionskassengesetz abgestimmt werden kann: «So bleiben die verhängnisvollen Zusammenhänge zwischen Personal- und Pensionskassengesetz leider im dunkeln.» Der Sozialabbau beim Staatspersonal setze falsche Signale für die Privatwirtschaft: «Über kurz oder lang wird der Sozialabbau uns alle treffen.»

Für Romer als Stadtpräsidenten

Der Gewerkschaftsbund empfiehlt Othmar Romer zur Wahl als Stadtpräsidenten von Zug. Romer sei als ehemaliger Präsident des GBZ ein engagierter Gewerkschafter: «Mit Othmar Romer hat die Stadt zum erstenmal die Chance, einen fortschrittlichen und sozial engagierten Stadtpräsidenten zu wählen», heisst es in der von GBZ-Präsident unterzeichneten Stellungnahme. Die Stadt Zug wählt am 4. Dezember den neuen Stadtpräsidenten.

Zuger Zeitung Montag, 21. November 1994 Nr. 269

Unterstützung für Romer

Gewerkschaftsbund

Der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug (GBZ) hat an seiner letzten Sitzung beschlossen, den SP-Kandidaten Othmar Rohmer zur Wahl als Zuger Stadtpräsidenten zu empfehlen. Zudem lehnt er das neue Personalgesetz ab.

ZZ. «Mit Othmar Romer hat die Stadt Zug zum erstenmal die Chance, einen fortschrittlichen und sozial eingestellten Stadtpräsidenten zu wählen», schreibt der GBZ in einem Communiqué an die Presse. Er steht voll und ganz hinter seinem ehemaligen Präsidenten und engagierten Gewerkschafter und empfiehlt ihn am 4. Dezember zur Wahl.

An der gleichen Sitzung beschloss der GBZ zudem, das neue Personalgesetz abzulehnen. Er akzeptiert den Sozialabbau beim Staatspersonal nicht, da dies falsche Signale für die Privatwirtschaft setzte. Abgelehnt wird das neue Gesetz vor allem, weil es neben der Abschaffung der Wahl auf Amtsdauer ohne entsprechenden Kündigungsschutz auch eine Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre bringt. «Leider kann das Zugervolk über die gleichzeitig beschlossenen Verschlechterungen des Pensionskassengesetzes nicht abstimmen. So bleiben die verhängnisvollen Zusammenhänge zwischen Personal- und Pensionskassengesetz leider im dunkeln», schreibt Bruno Bolliger, Präsident des GBZ.

Der SMUV verlangte in einem Flugblatt von L&G-Konzernchef Kissling klarere Informationen bezüglich dem "Loch" in der LG-Pensionskasse von 170 Millionen.

Wird da Monopoly gespielt?

Smuv will von der LG Klarheit über das Pensionskassenloch

Der Schweizer Metall- und Uhren-Arbeiterverband Smuv verlangt Klarheit über das 170-Millionen-Loch der LG Pensionskasse. Im Zusammenhang mit dem Pensionskassendebakel bei der Landis & Gyr wirft das Büro Innerschweiz des Smuv ein paar ungemütliche Fragen auf und verlangt von den zuständigen Behörden und der Aufsichtskommission eine lückenlose Aufklärung über den Verlust.

sin. «Ein Buchverlust in der Höhe von 170 Millionen sind kein Pappenstiel» steht auf dem Flugblatt, das gestern bereits in einer Kleinauflage zirkulierte. Bis morgen soll das Blatt breit gestreut werden. «Wir hoffen», so Smuv-Regionalsekretär Erwin Schacher, «dass diese Aktion die LG-Konzernleitung oder die Aufsichtskommission dazu bringt, endlich über das weitere Vorgehen zu informieren.»

Nichts Neues aus dem Verhöramt

Eine Woche nach der Bekanntgabe des Vorfalls hat das Zuger Verhöramt gegen den Elektronikkonzern ein Vorabklärungsverfahren eingeleitet.

Wie Untersuchungsrichter Ruedi Unterrassner auf Anfrage mitteilte, ist noch offen, ob demnächst ein Strafverfahren eingeleitet werde. «Die Untersuchungen sind noch nicht soweit gediehen. Sobald wir mehr wissen, orientieren wir die Öffentlichkeit.»

Empörung bei der Gewerkschaft

«Da spielen Manager von Pensionskassen Monopoly, setzen sich über Anlagebestimmungen hinweg und verursachen skandalöse Verluste», schreibt Kaspar Meuli in der neusten Ausgabe der «Smuv-Zeitung». Der Arbeiterverband fordert weiter, dass die LG-Belegschaft klar orientiert wird, und will wissen, ob die anderen Gelder sicher sind.

27 24.11.94

Betroffen vom Pensionskassenloch sind rund 4000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landis & Gyr sowie 2000 Rentner. Für sie sei, so versicherte die Konzernleitung nach dem Eklat, kein Schaden entstanden.

«Miserabel informiert»

Vor einer Woche lud die LG den Smuv zu einer «Informationsveranstaltung» ein. «Es kam nichts dabei raus. Kritische und heikle Fragen wurden nicht beantwortet», erklärte Erwin Schacher, der die Informationspolitik der LG scharf kritisiert und als miserabel bezeichnet. Man habe darauf bestanden, dass Konzernchef Willi Kissling persönlich anwesend sei, dieser habe sich aber von einem Konzernleitungsmitglied vertreten lassen.

Kissling selbst konnte auch gestern nicht für eine Stellungnahme erreicht werden, da er mit der Konzernspitze an einer Sitzung weilte.

Sybilla Schmid, Kantonsrätin und GBZ-Vorstandsmitglied, hat in den Zuger Nachrichten folgenden Artikel zur Totalrevision der Arbeitslosenversicherung veröffentlicht:

Zuger Ansichten

Arbeitslosenversicherung: Vom Kompromisspaket zum Scherbenhaufen?

Während der Herbstsession wurde vom Nationalrat eine Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beraten. Was sich da im Schatten der zehnten AHV-Revision abspielte, muss als weiterer Angriff auf die soziale Sicherheit gewertet werden. Auch gegen diese Revision könnte mit guten Gründen das Referendum ergriffen werden, falls der Ständerat keine Verbesserungen beschliesst.

Dabei hatte alles so gut begonnen! Die vorberatende Kommission war davon ausgegangen, dass das heute von der Arbeitslosenversicherung ausgegebene Geld sinnvoller eingesetzt werden könnte, falls damit aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben würde. Die Erwerbslosen sollten ein Recht auf Beratung und auf Beteiligung an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen erhalten. Die Sozialpartner - Arbeitgeber und Arbeitnehmer - wurden in die Beratungen einbezogen. Anfangs Juli einigten sich alle an der Diskussion Beteiligten auf einen Kompromiss, welcher diese Rechte enthielt und keinen Abbau bisheriger Leistungen vorsah.

Die Vorlage, welche dem Parlament unterbreitet wurde, enthielt leider einige Abstriche am zuvor ausgehandelten Kompromiss, die entscheidend sind. So soll die Teilnahme an Beschäftigungsprogrammen keine Verlängerung des Taggeldanspruches zur Folge haben, wie das bis jetzt der Fall gewesen ist. Das bedeutet, dass Langzeitarbeitslose, denen es nicht gelingt, innert zwei Jahren eine neue Anstellung zu finden, aus der Versicherung ausgeschlossen werden. Sie können nichts mehr zur Verbesserung ihrer Situation beitragen und sind auf die Arbeitslosenhilfe oder auf die Fürsorgeleistungen verwiesen. Das wird den Staat und die SteuerzahlerInnen finanziell belasten.

Eine weitere Verschlechterung stellt die Einführung der einwöchigen Karenzfrist dar. Wer unverschuldet seine Arbeit verliert, wird als erstes einmal bestraft, indem ihm Taggelder vorenthalten werden. Dieses Vorgehen muss als willkürlich bezeichnet werden. Es geht bei dieser Massnahme ums Sparen auf dem Buckel der Betroffenen und wohl auch um ein billiges Zugeständnis an rechtsbürgerliche Sozialabbauer, denen die Teilrevision viel zu weit geht. Der Vertreter des «kleinen Mannes», Christoph Blocher, war damit noch nicht zufrieden. Er forderte im Nationalrat eine Karenzfrist von einem Monat. Glücklicherweise blieb er damit in der Minderheit.

Die Kantone werden durch die Beschlüsse des Nationalrats finanziell stärker verpflichtet. Der Kanton Zug hat gut daran getan, bereits letztes Jahr Arbeitsmarktmassnahmen zu beschliessen. Zuerst gab es dagegen heftige Opposition, vor allem aus der Staatswirtschaftskommission, gegen meinen Widerstand, den ich in einem Minderheitsbericht zum Ausdruck brachte. Mit Befriedigung stelle ich nun fest, dass sich dieser Einsatz gelohnt hat. Der Kanton Zug hat die erforderlichen Massnahmen bereits ergriffen, sich das entsprechende Know-how erarbeitet und wird darum vermutlich keine Taggelder mitfinanzieren müssen, wie diejenigen Kantone, die innert nützlicher Frist kein genügendes Angebot an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen schaffen können.

Die gemeinsame Liste von SP und Alternativen für den Regierungsrat wurde auf originelle Art und Weise vorgestellt: Auf einer **Industrietour unter dem Motto "Der Kanton Zug als sozialer Standort"**. Mit Tandem fuhren Sybilla Schmid / Hanspeter Uster und Monika Hutter / Urs Birchler von Baar über Cham nach Zug und hielten vor den Toren der **Spinnerei an der Lorze**, der **ESEC** und der **Landis & Gyr.** Dabei wurden einige Informationen vorgelegt, die für alle KollegInnen wichtig sein könnten:

Spinnerei an der Lorze, Baar

Monika Hutter-Häfliger:

Ort: Das langezogene Gebäude aus dem Jahre 1856 stellt ein bedeutendes Beispiel der schweizerischen Industriearchitektur dar. Im letzten Jahrhundert, sowie bis Ende der 80er Jahre war die Spinnerei für Baar ein bedeutender Produktionszweig und prägte das Ortsbild.

Geschichte: Heute stehen die Maschinen still. Wie kam das? 1990 bzw. bereits 1988 kam Adrian Gasser, sah, wurde Mehrheitsaktionär, agierte eigenwillig und führte das Unternehmen unglücklich, in den Untergang.

Trotz vielen Beteuerungen wie - "Textil überlebt die Schweiz, in Baar wird auch noch nach 1994 produziert" - stehen die Maschinen bereits seit einem Jahr still. Alle Angestellten sind in Raten entlassen worden (39 Personen im Februar 1991 / 71 Personen im Herbst 1992 / 30 beim Verkauf des EW und der Rest 1993 bei der endgültigen Schliessung im letzten Jahr). Wichtige Arbeitsplätze im Produktionsbereich verschwanden.

In der Untergangsgeschichte tauchen wichtige, unverständliche Fakten auf. Einige Beispiele:

- A.Gasser investiert um die 120 Mio. in neue Maschinen.
- Kauft Unternehmen wie Bürglen, Roggwil und Kollbrunn - ohne dies der GV zur Beschlussfassung vorzulegen (Minderheitsaktionäre verlangen darum eine Sonderprüfung - Konfliki mit Aktionären).
- Verschuldete sich dadurch übermässig, da die liquiden Mittel dazu fehlten.
- Musste die Immobilien in Baar vermehrt belasten und Darlehen aufnehmen, um die Löcher zu stopfen und gibt diese Mehrbelastung weiter via Mietzinsaufschläge bis 100%. Die Mieter fechten das an und bekommen recht.
- Verkauft das gewinnbringende Elektrizitätswerk (EW) an die Wasserwerke.
- Sämtliche Führungs- und Fachleute der Spinnerei sind aus der Firma freiwillig oder auch unfreiwillig ausgeschieden, mit ihnen auch das Fachwissen, das Know how.
- Gasser verlegt den Firmensitz nach Bürglen mit der Begründung in Zug seien die Gerichte und Behörden ihm nicht entgegengekommen. - Neuste Meldung: Gasser kommt wieder nach Baar zurück. Was das bedeuten soll, wird sich zeigen.

Umgang mit den Entlassenen: Auf den ungenügenden Sozialplan wie auf den Umgang mit den Stiftungsgeldern wird Sybilla Schmid eingehen.

Der Untergang der Spinnerei Baar darf nicht losgelöst von der wirtschaftlichen Entwicklung und Bedeutung der Textilbearbeitung in der Schweiz beurteilt werden. Die Rezession hat diesen Produktionszweig erfasst. Die Art und Weise der Schliessung jedoch ist geprägt von der Person Adrian Gasser, von seiner eigenwilligen, undurchsichtigen, ja sogar menschenverachtenden Art.

Zur Nutzung des Areals: "Büroräume zu vermieten", grosses Tuch am Fabrikgebäude. Räume werden fremdvermietet. Das Areal als Ganzes ist übernutzt. Ursprünglich war vorgesehen, und auch bewilligt, das alte Fabrikgebäude abzureissen. Doch ist dies ein bedeutender Industriebau, der Abbruch wäre ein Verlust für Baar. Das unterstützt auch Adrian Gasser und hat versprochen, die alten Gebäude im Umgelände abzureissen, um die Ausnützung zu verkleinern. Diese sind zum Teil aus feuerpolizeilichen Gründen nicht mehr nutzbar. Der versprochene Bebauungsplan liegt noch nicht vor. Diese alten Gebäude bilden heute einen Ort der alternativen Kultur - und dies soll in Zukunft auch bleiben. Gemeinde und Kanton sind gefordert, diese Möglichkeit zu unterstützen. **Zürich hat die rote Fabrik - Baar soll die Spinnerei erhalten!**

Sybilla Schmid:

Adrian Gasser ist kein Freund der Gewerkschaften. Ende 1990 lief der Gruppenarbeitsvertrag Spinnerei aus. Er erneuerte ihn nicht und trat selber aus dem Verband der Arbeitgeber der Textilindustrie aus. Einzelarbeitsverträge mit schlechteren Bedingungen, u.a. längeren Arbeitszeiten wurden abgeschlossen. Ein paar Monate später erfolgte die erste Entlassungswelle.

Als es 1993 zur Schliessung der Spinnerei kam, gab es kaum noch organisierte SpinnereiarbeiterInnen im Betrieb. Aus der GBI waren fast alle, z.T. unter Druck, ausgetreten. Die Verbliebenen konnten sich nicht mehr verteidigen.

Die rückständige Unternehmensführung des Adrian Gasser ist ein Musterbeispiel dafür wie eine Politik der Deregulierung, der Vertragsverletzung, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der Lohndrückerei direkt in den wirtschaftlichen Ruin führt.

ESEC Cham

Hanspeter Uster:

Mittelpunkt der Tätigkeit der ESEC ist die Produktion von Montage-Anlagen für Silizium-Chips. Vor kurzem war die ESEC Holding SA im Gespräch, weil sie das erste mal public geht, also das erste Mal an der Börse kotiert wird.
Die ESEC operiert auf einem schwierigen Markt, dem Markt der Halbleiterindustrie. Kunden von ESEC sind denn auch die Halbleiterhersteller weltweit. Trotz erheblicher Konkurrenz ist es der ESEC bis heute gelungen, am Ball zu bleiben.
Ich bin nicht Aktionär bei ESEC und mache auch keinen Werbespot: Aber der Erfolg dieser Industrie-Firma hat uns veranlasst, der Frage nachzugehen, wie es möglich ist, in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld auf dem Weltmarkt zu bestehen - obwohl viele andere Industriebetriebe das hohe Schweizer Lohnniveau beklagen.
ESEC steckt sehr viel in Forschung und Entwicklung, aber auch in Montage und Kontrolle, Marketing, Verkauf und Service. Ueber 80% der Produkte, vor allem feinmechanischer Art, lässt sie von Dritten fertigen, vorwiegend bei Schweizer Lieferanten (Klein- und Mittelbetriebe). Das bedeutet, dass ein beachtlicher Teil der rund 250 Angestellten in Cham (weltweit sind es rund 300) als Ingenieur oder Techniker ausgebildet ist (fast die Hälfte). Ungelernte Arbeitskräfte gibt es praktisch keine, fast alle übrigen verfügen über einen Berufsabschluss.
Das ist wichtig: sehr gut und hoch qualifizierte Arbeitsplätze; offenbar entscheidend ist auch die auswärtige Produktion, bei der wiederum andere Schweizer Betriebe zum Zug kommen. Schweizer Betriebe, weil offenbar die Qualität stimmt - eine interessante Aussage als Gegenstück zum vielgehörten Klagelied anderer Unternehmer, die Schweizer Löhne seien zu hoch...
Der Betrieb ist hierarchisch flach aufgebaut. Unternehmensleitung, Bereichsleiter (bilden die Geschäftsleitung, mit jährlich rotierendem Vorsitz), Abteilungsleiter, Gruppenleiter. Zur sehr guten permanenten Information bis auf die Stufe Gruppenleiter gibt es zusätzlich - während der Arbeitszeit - alle 14 Tage eine Informationssitzung, an der alle teilnehmen können und wo breit und konkret informiert wird. Diese Mitwirkung ist sicher entscheidend für den Erfolg der Unternehmung.

Sybilla Schmid:

Die Esec hat nie mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet. Die Belegschaft ist aber sehr gut ins Betriebsgeschehen integriert. Information, Mitsprache und eine transparente Erfolgsbeteiligung sind die Pfeiler dieser Integration. Obwohl die Esec sich nicht an einen Gesamtarbeitsvertrag halten muss bietet sie die 40-Stunden-Woche und gute Sozialleistungen an. Einzig die Ferienregelung scheint hinter derjenigen in ASM-Betrieben hinterherzuhinken. -Ein Fragezeichen ist trotzdem angebracht: Wie wird sich die Esec-Leitung in schlechten Zeiten gegenüber dem Personal verhalten? Und als weitere Überlegung: Eigentlich ist es schade, dass ein erfolgreicher Betrieb mit einem offenen und partizipativen Führungsstil nicht in den bestehenden Verbänden mitmacht und dort innovativ wirkt.

Landis & Gyr

Urs Birchler:

Die Firma Landis & Gyr führt immer wieder aus, dass Zug ein teurer Standort für ihre Industrieproduktion sei - teurer im Hinblick aud die Lohnkosten. Im Gegensatz zur Landis & Gyr werden in der Studie des Zuger Handels- und Dienstleistungsverbandes zum "Handels- und Finanzplatz Zug" die Lohnkosten nicht als Problem genannt.
Die Firma Landis & Gyr kann effektiv nachweisen, dass die Lohnkosten pro hergestellter Apparat in Zug höher sind als in anderen Standorten (z.B. in Athen). Ursache der hohen Lohnkosten in Zug sind nicht die ArbeitnehmerInnen der Firma oder die Kampfkraft der Gewerkschaften und Angestelltenverbände. Ursache sind die hohen Lebenshaltungskosten. Die Löhne müssen eben dieses Niveau aufweisen.
Die Höhe der Lebenshaltungskosten ist vor allem durch die Wohnkosten geprägt, die durchschnittlich 25% eines Haushaltsbudgets belasten.
Die Wohnkosten resultieren durch die Bodenpreise und die Baukosten (insbesondere die Kosten für Baumaterialien). Die Bodenpreise sind in den vergangenen 30 Jahren gewaltig gestiegen. Sehr viele Bodenbesitzer, grosse und kleine Bodenbesitzer, konnten sich im Kanton Zug durch Landverkäufe grosse Vermögen erwerben. Die Baumaterialpreise sind geprägt durch kartellistische Märkte, als Bei-

spiel sei das Zementkartell erwähnt, das zentralistisch als Syndikat organisiert ist.
Die hohen Lohnkosten bringen die Arbeitskraft bzw. den Faktor Arbeit in direkte Konkurrenz zum Faktor Technik und Maschine. Der Faktor Arbeit wird noch teurer, da per 1.1.1995 der Lohnprozent-Satz für die Arbeitslosenversicherung von 2% auf 3% steigt. Die Arbeitenden müssen die Rente der Arbeitslosen finanzieren, dadurch werden sie als Produktionsfaktor noch teurer, was die Tendenz zur Rationalisierung weiter verstärkt, bzw. noch mehr Arbeitsplätze gefährdet.
Auf der anderen Seite ist die Technik, die Maschine zu billig. Denn die Energiepreise sind sowohl arbeits- wie umweltpolitisch viel zu tief. Würde die Energie verteuert, könnten zwei wesentliche Ziele besser angestrebt werden. Einerseits würde der Rationalisierungsdruck auf die Arbeitsplätze vermindert, andererseits würde der Energieverbrauch, damit auch der Rohstoffverbauch auf die Emissionen zurückgehen.
Allen ist bewusst, dass die Frage der Energiepreise weder von Zug noch von der Schweiz alleine gelöst werden kann. Wir alle aber müssen darauf hinarbeiten national wie international. Vor allem denken wir da auch an den Mehrheitsaktionär der Landis & Gyr, an Herrn Schmidheiny, der sich an der Umweltkonferenz in Rio zum Thema "Nachhaltige Entwicklung" exponiert hat. Es ist erfreulich, dass in der Hauszeitschrift Landis & Gyr für die vom Bundesrat geplante CO2-Abgabe votiert wird.
Bei der Landis & Gyr erwächst den Arbeitskräften, ja der Industrieproduktion überhaupt, eine neue zusätzliche ernsthafte Konkurrenz. In Zukunft könnte es sein, dass die Firma Landis & Gyr auf ihrem Grund und Boden eine grössere Eigenkapitalrendite erwirtschaften könnte als durch die industrielle Produktion. Wenn das Landis & Gyr-Areal frei verfügbar ist, auch für Dienstleistungsbetriebe aller Art, kann mit Verkauf, mit Abgabe von Land in Baurecht, mit Vermietung von Räumlichkeiten und Gebäuden oder auch mit eigenen Dienstleistungsbetrieben (internationaler Handel, Bank, Finanz und Treuhand, Versicherungen etc.) allenfalls mehr oder gleichviel verdient werden, aber mit eher geringerem Unternehmerrisiko.
Die Zukunft der Industrieproduktion im Kanton Zug wird stark durch äussere Faktoren bestimmt. Konkret werden die Industrieproduktion bzw. die industriellen Arbeitsplätze bei der Landis & Gyr in Zug stark konkurrenziert. Je nach Rahmenbedingungen (Energiepreise, Zonierung des Geländes) ist die Konkurrenz grösser oder eben kleiner.
Es muss unser Interesse sein, dass die Rahmenbedingungen für die Industrieproduktion so gestaltet werden, dass eine ökologische wie soziale "Nachhaltigkeit" erreicht wird.

Sybilla Schmid:

Als traditionsreiches Industrieunternehmen hatte die L&G während Jahrzehnten auf die klassischen Formen der Sozialpartnerschaft gesetzt. Das Unternehmen war und ist Mitglied im Arbeitgeberverband Schweizerischer Metall- und Maschinenunternehmer (ASM), hielt sich an das sog. Friedensabkommen und arbeitete innerbetrieblich mit einer Betriebskommission (BK) und einer Angestelltenkommission zusammen. In der BK waren SMUV- und CMV-GewerkschafterInnen vertreten. Diese hatten Erfahrung in Vertragsverhandlungen und Kontakte zu ihren Verbänden.
Mit der Divisionalisierung wurden gewachsene Strukturen zerstört. Arbeiter und Angestellte wurden in 5 Angestelltenkommissionen zusammengefasst. Hauptschwierigkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit: Angst vor Entlassung, Personalabbau, Just-in-Time-Produktion verbunden mit mehr Stress, ständig wechselndes Management. Die Basisaktivitäten sind fast eingeschlafen und die ständig wechselnden Ansprechpartner verunmöglichen das Wachsen von gegenseitigem Respekt und Verstehen.